



Alternative für Deutschland
Fraktion Gemeindevertretung Linsengericht
Fraktionsvorsitzender Juergen Mohn
Stellvertreter Martin Reh
Tel.: 0163 1876394
juergen.mohn@afd-mkk.de
afd-linsengericht.de

AfD Fraktion Gemeindevertretung Linsengericht, Wingertsweg 19, 63589 Linsengericht

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
Amtshofstraße 1
63589 Linsengericht

25. Sitzung der Gemeindevertretung am 23.04.2024
hier: Abschaffung der Straßenbeitragssatzung vom 13.06.2017

Die Gemeindevertretung möge beraten und beschließen:

- 1. Die Straßenbeitragssatzung der Gemeinde Linsengericht wird mit sofortiger Wirkung ersatzlos aufgehoben.**

Begründung:

Die AfD fordert die Abschaffung der Erhebung von Straßenbeiträgen in Linsengericht. Dafür soll die aktuelle Straßenbeitragssatzung ersatzlos aufgehoben werden.

Nach der bestehenden Straßenbeitragssatzung müssen die direkten Anlieger einer Straße bei einer grundhaften Erneuerung einmalig 25, 50 oder 75 % der Kosten bezahlen. Das sind teilweise Beträge von mehr als 10.000 € für den Grundstückseigentümer.

Bereits seit mehreren Jahren wurde über die Abschaffung der derzeit geltenden Straßenbeitragssatzung ergebnislos beraten. Bei der jetzt vorgeschlagene Änderung sollen die Bürger in noch höherem Maße zu Kasse gebeten werden.

Der Änderungsvorschlag sieht nämlich vor, dass alle Grundstückseigentümer eines Ortsteils alle Straßen gemeinschaftlich bezahlen sollen. Die finanzielle Umverteilung auf die Grundstückseigentümer würde dann auf 72 bis 75 % stetigen. Bei dieser Form der Erhebung wäre mit 2000 bis 3000 Bescheiden jährlich zu rechnen. Für die Umsetzung müsste ein externes Ingenieurbüro beauftragt und von den Bürgern bezahlt werden. Hinzu käme noch ein erheblicher interner Verwaltungsaufwand mit zusätzlichem Personal- und Bürobedarf. Die Praxis in anderen Gemeinden hat gezeigt, dass mit einer



Alternative für Deutschland
Fraktion Gemeindevertretung Linsengericht
Fraktionsvorsitzender Juergen Mohn
Stellvertreter Martin Reh
Tel.: 0163 1876394
juergen.mohn@afd-mkk.de
afd-linsengericht.de

großen Anzahl von Widersprüchen und Klagen zu rechnen ist. Auch das bindet personelle Ressourcen und kostet Geld.

Diese Form der Abrechnung, erfordert nahezu jährlich, fast allen Bürgern neue Bescheide zu erteilen. Hier würde immer mehr und offenkundig unübersichtliche Bürokratie verursacht. Für die Bürger wäre dies im Ergebnis eine neue, zusätzliche und dauerhafte Steuer.

Die meisten Kommunen haben die Erhebung von Straßenbeiträgen abgeschafft. Keine einzige Kommune im Main-Kinzig-Kreis erhebt Beiträge nach dem neuen „Linsengerichter Modell“.

Die Auswirkung für die Bürger wird aus der Beispielrechnung deutlich:
Die Gemeinde hat im Haushalt 2023/24 für die grundhafte Erneuerung der Backhausstraße 600.000€, den Steinbruchsweg 1,2 Mio. € und der Straße Am Vogelsang 720.000,00 € eingestellt. Für 2025 sind zusätzlich 700.000,00 € für die Straßen Am Sportfeld/Am Steines beschlossen. Im Ortsteil Eidengesäß wären in 2025 für zwei Straßen 1,8 Mio. € abzurechnen. Bei einem Anteil von 75% müssen die Bürger von Eidengesäß 1,35 Mio. € aus der eigenen Tasche bezahlen. Bei ca. 600 Grundstückseigentümern, wären das ca. 2250 € für jeden Betroffenen und dies nur für die Baumaßnahmen eines Jahres. Landeszuschüsse gäbe es dann kaum noch, denn darauf haben die betroffenen Bürger keinen direkten Anspruch.

Aus alledem wird deutlich, dass es keine gerechte Lösung gäbe. Wenn also Straßen zu erneuern sind, sollen diese künftig über den Haushalt der Gemeinde finanziert werden. Das ist finanziell auch darstellbar, denn die hessische Landesregierung hier kurzfristig eine finanzielle Entlastung der Kommunen anbieten. So steht es jedenfalls im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung.

Jürgen Mohn
Fraktionsvorsitzender AfD Linsengericht

Linsengericht, den 08.04.2024